

Reichsanstalt führt Unterflüchtungsraub durch auf Antrag der Preußenregierung

Arbeiter, wehrt sich in breiter Front! Arbeitslose und Betriebsläufige kämpfen zusammen!

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in dem sozialdemokratische Geschäftsführer mit Unternehmervertretern zusammenwirken, hat in seiner letzten Sitzung die von der Brüning-Regierung gewünschten Vorschläge für einen neuen Unterflüchtungsraub beschlossen. Diese Vorschläge sind ungeheuerlich, würden sie durchgeführt, so wären Hunderttausende von Erwerbslosen dem nackten Verhungern ausgeliefert. Der gesamten Arbeiterschaft muß zur Kenntnis gebracht werden, daß die weitgehendsten Abbaumaßnahmen von dem Vertreter der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung beschlossen wurden.

Auf Antrag des Vertreters des preußischen Wohlfahrtsministeriums wurde beschlossen, allen Arbeitslosen, die nicht eine Anwartschaft von 52 Wochen aufweisen können, die bisherige Unterflüchtungszeit zu rauben und ihnen nur noch die erbärmlichen Sätze der Arbeitslosenversicherung zu gewähren, natürlich auch nur, soweit sie die bisherige Anwartschaftszeit von 26 Wochen erreicht haben. Schon allein durch diesen Abbauvorschlag würden alle diejenigen Arbeiter, die heute keine jahrelange Beschäftigungsmöglichkeit mehr finden, und immer wieder den Arbeitsplatz verlassen müssen, nie mehr in den Genuß der vollen Unterflüchtungszeit kommen. Und das hat die Braun-Regierung beantragt!

Im einzelnen macht der Vorstand der Reichsanstalt folgende entscheidende Vorschläge:

1. Alle Arbeitslosen, die nicht eine Anwartschaftszeit von einem Jahr erreicht haben, jedoch mindestens 26 Wochen Anwartschaft aufweisen, erhalten nicht mehr die volle Unterflüchtungszeit, sondern nur noch die Sätze der Arbeitslosenversicherung.
2. Jüngere Arbeiter unter 17 Jahren erhalten überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Sie sollen also dem Verhungern preisgegeben werden.
3. Arbeitslose über 65 Jahre erhalten ebenfalls keine Arbeitslosenunterstützung mehr. Es ist offensichtlich, daß die Vorstandsmitglieder der Reichsanstalt der Ansicht sind, daß solche Arbeiter keine Lebensberechtigung mehr haben.
4. Raub der Unterflüchtungszeit für berufstätige Frauen, die arbeitslos werden.
5. Verkürzung der Anwartschaftszeit für den Unterflüchtungsanspruch.

6. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll auf 4 Prozent erhöht werden, wodurch den betriebsläufigen Arbeitern eine neue schwere Belastung auferlegt wird.

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen glaubt der Vorstand der Reichsanstalt der Reichskasse 200 Millionen Mark ersparen zu können, die dann für Reichswehr, Polizei und ähnliche Zwecke frei werden.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Regierung Brüning die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt mit Freuden begrüßt und daß sie so rasch als möglich den neuen großen Unterflüchtungsraub durchführen will.

Dieser ungeheuerliche Anschlag geht die ganze Arbeiterschaft an, nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Betriebsläufigen. Die Arbeiterschaft weiß, wie durch den Abbau der Arbeitslosenunterstützung, den im vorigen Jahre die Brüning-Regierung vorgenommen hat, der Druck der Arbeitslosenarmee in bezug auf das allgemeine Lohnniveau und sämtliche Arbeitsbedingungen stärker geworden ist. Durch den neuen Abbau will die herrschende Klasse diesen Druck so verschärfen, daß sie die Lohnabbauoffensive erfolgreich durchführen kann.

Die deutsche Arbeiterschaft muß die riesige Gefahr sehen und sich wehren. Es gilt, durch die Gegenwehr der breitesten Massen den neuen Unterflüchtungsraub zu verhindern! Unter Führung der kommunistischen Partei, der revolutionären Gewerkschaftsopposition, muß die breiteste Einheitsfront des Proletariats gegen die Aushungerungspolitik der Brüning-Regierung kämpfen.

Vor allem muß die Verbindung zwischen den kämpfenden Erwerbslosen und betriebsläufigen Arbeitern noch enger werden als bisher. Jede Betriebsbelegschaft muß zu den ungeheuren Abbauplänen Stellung nehmen!

Die SPD-Führer und ADGB-Bürokraten leisten dem Abbau der Arbeitslosenversicherung Vorschub, wenn sie auch jetzt behaupten, daß sie gegen die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt seien. Aber die SPD-Führer haben den ersten großen Abbau im Herbst 1929 herbeigeführt und heute sind es die sozialdemokratischen Minister in Preußen, die die Abbaupläne machen lassen. Die SPD-Führer werden lediglich, um die Arbeiter zu täuschen, sich in Worten gegen den neuen Unterflüchtungsraub wenden, SPD- und ADGB-Führer aber werden keinen Finger rühren, um den Abbau tatsächlich abzuwehren. Das muß auch den bisherigen SPD-Anhängern gezeigt werden, um auch sie mit einzureihen in die Front, die unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft führt.

Bombenleger in Freiheit Proleten im Kerker

Vor der Justizkommission gegen die faschistischen Bombenleger

Hamburg, 15. Mai. (Eig. Bericht.) Nach der endlosen Voruntersuchung, d. h. der Verhinderung und Unterflüchtung der Verurteilung hat die Staatsanwaltschaft in Altona endlich die Anklage gegen die faschistischen Bombenleger erhoben. Es stellt sich jetzt heraus, daß

die Anklage im ganzen nur gegen 23 von 43 Beschuldigten erhoben wird.

Der Führer, der berüchtigte Hamtens, wird lediglich wegen Unterlassung der Anzeige (!) verfolgt, der Landvolk-Führer Huhn lediglich wegen Mittäterschaft (!).

Man vergleiche. Monatelang konnten die Bombenleger ungehindert ein Attentat nach dem anderen ausführen, trotzdem die Behörden recht wohl wußten, daß die Täter in den faschistischen Kreisen zu suchen sind. Sogar die Brautheben-Vormänner für sein Republikanengesetz gegen die Arbeiterschaft. Nach weiteren Wochen und Monaten mühten die Behörden dann endlich an die 80 Verhaftungen vorzunehmen. Die wichtigsten Personen und wahren Hintermänner um Ehrhardt und die O. C. wurden selbstverständlich niemals verhaftet.

Aber auch von den 80 wurde einer nach dem anderen wieder aus der Haft entlassen. Sogar die 23, gegen die nun das Hauptverfahren erhoben wurde, befinden sich heute auf freiem Fuß (!)

Dieser Verurteilung, die durch die monatelange „Unterflüchtung“ ohne alle Hindernisse ihren Lauf nehmen konnte, soll nun noch durch eine Anklage des Verteidigers der Bombenleger, den Angeklagten eine Frist von drei Wochen zur Antwort auf die Anklage (lies: gemeinsame Verabredung der Beschuldigten, die sich sämtlich auf freiem Fuß befinden) die Krone aufgesetzt werden.

Wie anders geht es doch revolutionären Arbeitern. Denkt an Margies, Rehlhorn, Götzler und die anderen unzähligen proletarischen politischen Gefangenen, denkt an die 40 eingeleiteten Redakteure, denkt an den Genossen Slang, gegen den die Klassenjustiz täglich neue Schikanen ausbeutet. Denkt an all das und erhebt in allen Betrieben und Stempelstellen die Fahnen des Kampfes um die Vollamnestie aller proletarischen, politischen Gefangenen unter Führung der kommunistischen Partei und der Roten Hilfe.

Nazi-Heberfall auch bei Köln

Ein Arbeiter von den Hakenkreuzlern ermordet

Am Mittwochabend hatten die Nationalsozialisten in Hürth im rheinischen Braunkohlengrund eine Versammlung einberufen, die um 8 Uhr stattgefunden hat. 8 Uhr war der Saal von etwa 100 bis 120 Arbeitern besetzt. Die Versammlung begann erst um 10 Uhr mit der Rede des Nationalsozialisten aus Köln, der behauptete, daß die Arbeiter-Rufen antworteten die Arbeiter mit „Ja“.

Der Redner der Nazis provozierte die Arbeiter mit einer Stunde lang, bis er wieder von der Bühne abtrat. In Köln in der Nähe der Hürth, der mit dem Redner, waren die Arbeiter sehr empört.

Als die Arbeiter sahen, daß die Arbeiter spontan in Hürth, Köln, aus, um sofort stellen die Arbeiter-Rufen über die Nazis her.

Es entstand eine wilde Unruhe, bei der ein 24-jähriger Arbeiter einen tödlichen Dolchstoß erhielt. Eine ganze Anzahl von Arbeitern wurde mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Nationalsozialist hatte viermal scharf in die Arbeitermenge geschossen. Dieser Lump war während des Krieges rekrutiert, betätigte sich nach dem Kriege als Separatist und war Bürgermeisteramtsleiter der Separatisten. Später war er Mitglied des Stahlhelm und trat nach dem Verbot desselben zu den Nationalsozialisten über.

Die Versammlung in diesem Arbeiterort ist eine unerhörte Provokation. Sie ist gleichzeitig ein Aufruf zum Aufmarsch der SA-Staffeln des Gauess Rheinland am kommenden Sonntag in Köln.

In Bochum ließ der zentralistische Polizeiminister bei zahlreichen revolutionären Arbeitern und auch im Parteibüro der SPD Hausdurchsuchungen vornehmen. Geführt wurden angeblich „Zerlegungsschriften“. Gefunden wurde nichts. Aber trotzdem wurden drei Genossen in Haft genommen und sind noch nicht wieder freigelassen. Nachgewiesen konnte ihnen nichts werden.

Ein Nationalsozialist über die Nationalsozialisten

Ehrhardts Todesurteil ... Hakenkreuzler

Hitlers Theorie als „ein schlauer Kniff“ einer „Art von Betrüger“

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ veröffentlicht Kapitän Ehrhardt, der bekannte Faschist und Organisator terroristischer Rechtsorganisationen, einen Artikel über den Nationalsozialismus. Letzten Endes stellt er darin nicht mehr und nicht weniger fest, als daß die Hakenkreuz-Partei eines nicht mehr lernen Tages an dem Widerspruch zwischen Nationalismus und Sozialismus auseinanderbrechen und zugrunde gehen muß.

Seine Beweisführung ist ziemlich eindeutig: Dem Nationalsozialismus liegt letzten Endes keine neue Idee zugrunde, sondern ein Gedanke, ... der von Anfang an nicht frei gewesen ist von einer demagogischen Absicht. Es war der Gedanke der Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus. „Aber, den sozialistischen Glauben, der in seinem Ursprung liberal und international ist, kann man mit dem nationalsozialistischen nicht vereinbaren“. Doch die Nationalisten jagten das dem Arbeiter nicht, sondern

hat viele zu Geplagten des Kapitalismus geworden Arbeiter und Angehörte bisher abgehalten, sich ... am den Sozialismus kämpfenden roten Klassenfront ... Dafür wird der Nationalsozialismus von der Sozialdemokratie abgehalten!

Ehrhardt sieht, daß Hitlers Theorie ... an diesem inneren Widerspruch, an der Unmöglichkeit der Verbindung dieses Nationalismus mit dem Sozialismus zerbrechen muß. Auch dem schweigsamsten SA-Mann wird es eines Tages klar werden, welches Schindluder die betrügerischen Naziführer mit ihm getrieben haben. Darum verlangt Ehrhardt, daß die sozialistischen Phrasen von den Hakenkreuzlern rechtzeitig aufgegeben werden und sie sogar den „Mut haben, Dinge zu sagen, die im Augenblick bei den Massen unpopulär sein mögen“. Doch diese Schwenkung können die Hitler und Co. nicht durchführen. Sie müssen die Massen mit sozialistischen Phrasen betrügen und vor den Karren der Reaktion spannen. Dafür werden sie von der Bourgeoisie bezahlt!

„ziehen (mit ihren sozialistischen Phrasen! D. R.) Anhänger in die nationalsozialistische Front, die gar keine Nationalisten sind... und die eines Tages die Partei sprengen werden... Die Dinge sind schon sehr weit gediehen.“

Infolgedessen standen die Nationalsozialisten am Scheidewege, ob die von einigen ihrer Führer vertretene, dem Nationalsozialismus ähnelnde Richtung wegweisend für die Nationalsozialisten sein sollte, wobei der Sozialismus das Primäre, der Nationalismus das Sekundäre war.

Mit einer erstaunlichen Deutlichkeit hat Hitler sich von dieser (sozialistischen) D. R.) Richtung abgewandt und sich der Nationalismus (lies: Antisozialismus) als dem Primären bekannt.

Ehrhardt ist überhaupt der Meinung, daß durch die Verbindung zwischen Sozialismus und Nationalismus „die nationalsozialistische Bewegung das Ergebnis eines äußerst geschickten propagandistischen Schachzuges ist“, mit dem „gewissermaßen durch einen schlauen Kniff der Marxismus auf eine andere Ebene zu schieben“ versucht werde... Ehrhardt fährt dann fort:

„Die Nationalsozialisten werden daher von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft für eine Art von Betrüger angesehen“, womit er wirklich nicht unrecht hat.

Ehrhardt verlangt von Hitler den Bruch mit dieser „demagogischen Grundtendenz der nationalsozialistischen Bewegung“. Es soll aufgehört werden, den Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Sozialismus „um des Propagandaaufschlusses willen“ weiter zu verschleiern, damit eben die Geister, die Hitler jetzt rief, nicht eines Tages über ihn und seine finanzkräftigen Hintermänner herfallen und für diese Betrügereien Abrechnung halten.

Doch dieser „propagandistische Schachzug“, die „demagogische Grundtendenz“, diese „Art von Betrug“ der Hakenkreuzführer,

Energisch abgewehrter Nazi-Angriff

Bewaffnete Hakenkreuzprovokateure werden mit blutigen Köpfen heimgeschickt

Heidenau bei Dresden, 15. Mai (Eig. Drahtber.). Bergedorf haben bisher die Nazis die Eroberung Heidenaus versucht. So versuchten sie nun gestern einen Sturmangriff, indem sie die ortsanfällige Hakenkreuzgarde von 15 Mann durch 250 uniformierte Hakenkreuzler aus Dresden und Umgebung verstärkten. Provokierend zogen diese Gefellen durch die Arbeiterviertel, ungehindert durch die einen sozialdemokratischen Bürgermeister unterstützende Ortspolizei.

Es war selbstverständlich, daß die empörten Arbeiter Heidenaus die Nazis vor dem Versammlungsort mit revolutionären Arbeiterliedern empfingen.

Das war für die Nazis das Signal, mit Messern, Schlagringen und Stahlroten auf die Arbeiter einzuschlagen. Ein jeder dieser Nazis war mit Werdinframenten bewaffnet. Natürlich setzten sich die Arbeiter jetzt energisch zur Wehr.

Die bürgerliche Presse meldet, daß eine Reihe von Nazis, darunter der Rechtsanwalt Dr. Mangler, schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert sei, daß also „die mit Waffen versehenen Kommunisten angegriffen“ hätten. Jetzt steht aber, daß die Arbeiter erst zuzuschlagen, als einige der ihnen mit Werdinframenten niedergeschlagen wurden. Insgesamt sollen 18 Personen ins Krankenhaus eingeliefert worden sein.

Wie immer, so ging das Dresdener Heberfallkommando, das mit drei großen Kampfwagen und zwei Lastautos heranrückte, ausschließlich gegen die Arbeiter vor.

Eine wilde Jagd auf kommunistische Funktionäre wurde gemacht. Genosse Pfeifer wurde verhaftet, die Wohnung des Genossen Günther wurde, wenn auch erfolglos, umstellt. Den Nazis geschah nichts.

Unter Polizeischutz hielten sie ihre Versammlung ab und wurden dann später unter dem Schutz des Heberfallkommandos abtransportiert.

Wir appellieren an die Arbeiterschaft, sich so zusammenzuschließen, daß es kein Nazilümmel wagen soll, einen Arbeiter auch nur scheinbar anzufassen. Die Nazis dagegen organisieren planmäßig Heberfälle auf die proletarischen Viertel. In der Berliner Nazipresse wird besonders große Propaganda dafür gemacht, nach dem Wedding und Neukölln vorzustoßen. In allen möglichen Artikeln wird den Hakenkreuzlingen geschmeichelt, wie „interessant“ solche Märsche aber auch „durch die roten Bezirke Lichtentbergs und den Friedrichshain“ sind. Immer weiter so, Kameraden, marschier Tag für Tag, heißt es an einer anderen Stelle. Und dann wird geschmeichelt, wie ein angeblicher Angriff „einer Schar moskowsischer Banditen“ abgewehrt worden ist, wozu man dann noch bemerkt: „Wir hätten wohl mit Palmen zweigen weheln sollen.“

Nun, die Arbeiterschaft wird auch nicht mit Palmenzweigen weheln! Sie wird es durch die Organisierung der antifaschistischen Kampftruppe zu verhindern wissen, daß die nationalsozialistische Phrase: „Bald flattern Hitler-Fahnen über allen Straßen“ jemals Wahrheit wird.

Arbeiterkorrespondenten vor die Front!

Auf dem schlesischen Bezirksparteitag wurde u. a. die Notwendigkeit unterstrichen, unsere Zeitung mehr als bisher mit den Massen der Arbeiter zu verbinden. Diese Verbindung kann in erster Linie durch Verbesserung der Ausgestaltung erreicht werden. Die bessere Ausgestaltung hängt wie von der Qualität der Redaktionsarbeit so auch von der Mitarbeit unserer Genossen und Leser an ihrer Zeitung ab. Die Zeitung kann nur dann über die Mißstände, das Antreiberystem, die Hungerlöhne in den Betrieben, über die Schikanen gegen die Erwerbslosen, über die verbrecherische Tätigkeit der Sozialfaschisten in den Arbeiterorganisationen schreiben und dazu politische Stellung nehmen, wenn die Arbeiterkorrespondenten der Redaktion über diese für alle Arbeiter so wichtigen Dinge Mitteilung machen. Deshalb, Genossen, Arbeiterkorrespondenten, verstärkt eure Arbeit!

Um zu zeigen, wie in anderen Bezirken die Arbeiterkorrespondentenbewegung bereits größere Erfolge zu verzeichnen hat, veröffentlichen wir einen Auszug aus einem längeren Bericht über die Arbeiterkorrespondentenbewegung im Ruhrgebiet.

Registriert haben wir 335 ständige Arbeiterkorrespondenten (darunter ein Teil Jungarbeiter) sowie 2626 Arbeiterkorrespondenten, die uns von Zeit zu Zeit mit Berichten versorgen. Außerdem betätigen sich noch 70 Frauenkorrespondentinnen.

Von diesen Korrespondenten erhielten wir seit dem 1. April 1929 insgesamt 7873 Zuschriften, welche in folgenden Zeilen unserer Presse erschienen:

Betriebsstell	1202
Politischer Teil	192
Gewerkschaftsteil	166
Sozialteil	6233

Schon hieraus ist zu ersehen, mit welchem Material wir von unseren MA. versorgt wurden, und wie wertvoll die Mitarbeit dieser proletarischen Berichterstatter für unsere Presse ist. Diese Bewegung noch besser auszubauen, unsere MA. zu schulen, ihnen ständig neue Anregungen und Anweisungen zu geben, wird eine wichtige Aufgabe der Partei und der Redaktion sein.

Die Betriebskorrespondententätigkeit zeigt durch ihre Reichhaltigkeit des Inhalts einen tiefen Einblick in die Verhältnisse der Fabrikbetriebe und sonstigen Ausbeutungsorten. Das wichtigste Material über den Gang der kapitalistischen Rationalisierung, über die ständig neu auftauchenden Erscheinungen der Ausbeutungsmethoden sind für uns von großer politischer Bedeutung.

Arbeiterkorrespondenzen im politischen Teil. Zweifelslos ist die direkte Verwendung von Arbeiterkorrespondenzen im politischen Teil unserer Zeitung mit größeren Schwierigkeiten verbunden. Ganz abgesehen davon, daß der Arbeiterkorrespondent, der für den politischen Teil schreibt, politisch — wie man so sagt — auf der Höhe sein muß, ist andererseits hier auch nur ein sehr beschränkter Raum vorhanden. Trotzdem ist aber auch hier der Anfang gemacht, und die 192 Zuschriften in einem Jahre zeigen, daß auch im politischen Teil die Arbeiter selbst zur Sprache kommen. Im übrigen verwendet so gerade die politische Redaktion sehr vieles Material aus den Zuschriften unserer MA. Die Tatsache, daß bei allen wichtigen Kampagnen Arbeiterkorrespondenten Leitartikel schreiben, beweist nur, wie weit bereits ihre politische Schulung vorwärtsgeschritten ist, die zu fördern im Interesse unserer Presse und der Gesamtpartei liegt.

Mitarbeit der MA. im Gewerkschaftsteil. Hier muß allerdings gesagt werden, daß die Zuschriften für den Gewerkschaftsteil noch sehr mangelhaft sind. Selbstverständlich sind aber mit den oben angeführten 156 Zuschriften die eigentlichen Mitteilungen für den Gewerkschaftsteil nicht erschöpft, da uns vieles Material durch die Gewerkschaftsabteilung übermittelt wird, was in Wirklichkeit auf Grund der Mitteilungen von Genossen zusammengestellt ist, und demnach auch als Arbeiterkorrespondenz gewertet werden muß. Trotzdem sind wir der Meinung, daß das nicht genügt und in Zukunft unsere Arbeiterkorrespondenten uns über alle wichtigen Vorkommnisse in den Gewerkschaften schnellstens berichten müssen.

Die Arbeiterkorrespondenzen in den lokalen Teilen nehmen, wie obige Zeilen beweisen, den breitesten Raum ein. Das ist auch verständlich, weil uns der Nachrichtenapparat, der den bürgerlichen und SPD. Pressen zur Verfügung steht, fehlt, und deshalb die Aktualität der lokalen Teile in vieler Hinsicht direkt von unseren MA. abhängig ist.

Die internationalen Korrespondenzen und

Verbindungen spielen selbstverständlich in unserer Presse eine sehr große Rolle. Unsere bisherigen Bemühungen, die Arbeiter aller Länder in unserer Presse zur Geltung kommen zu lassen, sind bereits — wenn auch nicht vollkommen befriedigend — von Erfolg gekrönt. Erfolien wir doch beispielsweise im letzten Jahre etwa 400 Zuschriften von Arbeiterkorrespondenten aus der Sowjetunion.

Zur Schulung unserer Arbeiterkorrespondenten ist von Seiten der Redaktion eine Reihe Anleitungsmaterial herausgegeben worden. Seit dem letzten Bezirksparteitag wurden von der Redaktion am durchschnittlich 350 Arbeiterkorrespondenten vierzehnmals der „Proletarische Reporter“ herausgegeben, der wichtige Anweisungen in allen Fragen der Arbeit gab. Bei besonders wichtigen Anlässen in Betrieben usw. wurden außerdem Kundbriefe an die MA. herausgegeben, um ein schnelles Reagieren auf alle Vorgänge zu ermöglichen.

Genossin Friedrich gestorben

Am 12. d. M. verstarb die Frau unseres Genossen Max Friedrich, Sandberg Stehlung. Wir bedauern Genossin Friedrich aus tiefster, da er dauernd krankte und ihm dadurch jede gute Pflege genommen ist. Die Beisetzung der Urne findet Sonntagabend nachmittags auf dem Urnenhain Hartebusch statt. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Beihilfe. Arbeiter-Samariter-Kolonie. Sonntag früh 9 Uhr im Feuerwehrdepot Monatsversammlung. Vorstandsmittglieder eine Stunde früher. Neue Mitglieder willkommen.

Königszell

Vier neue Mitstreiter

Die am Freitag stattgefundene öffentliche Versammlung war sehr gut besucht. Genosse Reichstagsabgeordneter Gieseler sprach in klarverständlichen Worten über die Lagen, welche die Arbeiterklasse auf Grund des Young-Plans zu tragen hat. Vier neue Aufnahmen in die Partei und vier Zeitungsabonnenten waren der äußere Erfolg. Ihr Ausgebreitetes, die ihr noch abseits steht, ihr müht euch einreihen in die rote Front des revolutionären Proletariats.

Schweidnitz

Motorradunfälle

In Buschkau raste ein Motorrad in das Gespann des Gutspächters Hähoppe. Das Pferd wurde schwer verletzt, das Motorrad schwer beschädigt. Der Motorradfahrer, sein Sozjus und Hähoppe erlitten erhebliche Verletzungen. — Gestern früh fuhr der Landwirt Erich Löbel kurz hinter der Sandbrücke mit seinem Motorrad in voller Fahrt gegen einen Laternenpfahl, der abgerissen wurde. Löbel erlitt einen tödlichen Schädelbruch. Sein Mitfahrer, Kaufmann Neumann aus Schönbrunn, kam mit leichten Verletzungen davon, verlor jedoch für einige Zeit die Sprache.

Landeshut

Bankier Babel verhaftet

Der im November 1929 beim Zusammenbruch seiner Bank in Liebau geflüchtete Bankier Babel ist jetzt auf Grund des wegen Deputatenschlagung gegen ihn erlassenen Haftbefehls in Wien verhaftet worden. Babel war belamlich zunächst nach Monato geflüchtet, von dort seit Jamar aber wieder verschwunden.

Für eine revolutionäre Bergarbeiter-Internationale

Die neueste Nummer des „Schlegel und Eisen“ veröffentlicht einen längeren Artikel aus der Feder des Kollegen Mann. In diesem Artikel heißt es u. a.:

Als alter und aktiver Kämpfer der proletarischen Bewegung bin ich der Meinung, daß man daran denken muß, eine kampffähige Bergarbeiterinternationale zu organisieren. Vor mehr als 50 Jahren arbeitete ich in den Kohlenbergwerken im Zentrum Englands, in Folsbill Caverny. Damals wurde ich zum begeisterten Anhänger der gewerkschaftlichen Organisation und der parlamentarischen Gesetzgebung, wie z. B. des Gesetzes zum Arbeitsschutz der Bergarbeiter (Mines Regulation Act), da ich hoffte und glaubte, daß es auf diese Art gelingen würde, die größten Gefahren der Bergwerksarbeit und ihre schweren Verhältnisse zu beseitigen. Jetzt sind es bereits 50 Jahre, daß ich in der Gewerkschaftsbewegung arbeite, und ich muß gestehen, daß ich mich in meinen Hoffnungen getäuscht sehe, da die Lage der Bergarbeiter in England in vielen, ungeheuer wichtigen Beziehungen, noch niemals eine so schlechte war, wie gerade in der Gegenwart.

In den letzten 40 Jahren gab es Perioden, wo die Bergarbeiterverbände ziemlich aktiv austraten und wo sich die Verhältnisse auf einige Zeit besserten; diese Erfolge wurden jedoch gänzlich aufgehoben, sobald die Unternehmerklasse mit Unterstützung der reformistischen Veräter in der Lage war, gestützt auf ökonomische Veränderungen, die Bergarbeiter zu zwingen, sich ihren Forderungen zu fügen.

Vor 40 Jahren wurde die Bergarbeiterinternationale gegründet. Wir hofften damals, daß sie etwas zur Erreichung einer internationalen Solidarität und zur Durchführung eines internationalen Kampfes unternehmen werde. Diese Internationale ging jedoch nicht über einige erbärmliche Versuche hinaus, und in den letzten Jahren widerlegten sich die Führer der Sektion der Bergarbeiter der Amsterdamer Internationale entschieden und energisch der Durchführung einer wirklichen internationalen Aktivität.

Die Bergarbeiter brauchen eine bedeutende Verkürzung ihres Arbeitstages. Innerhalb 20 Jahren haben die aktivsten englischen Bergarbeiter auf die Notwendigkeit der Einführung des Sechsstundentages für die Bergarbeiter bestanden.

Die Notwendigkeit der Einschränkung des Arbeitstages wird durch einen Vergleich mit den Angaben über die in der Bergbauindustrie vor 20 Jahren Beschäftigten und den Angaben über die Ausmaße

des Ertrages der Bergbauindustrie damals, mit den jetzigen Angaben, bewiesen. Damals betrug der allgemeine Kohlenertag in England etwas über 5 Millionen Tonnen in der Woche, und die Zahl der Arbeiter betrug 1 200 000 Mann. Offizielle Angaben für die letzte Woche des Februar 1930 zeigen, daß der Ertrag 5 1/2 Millionen Tonnen gleichkommt, während die Zahl der Arbeitenden 958 000 Mann beträgt. So sehen wir nun, daß bei einem größeren Ertrage in der Bergbauindustrie um 1/4 Million Arbeiter weniger beschäftigt sind. Dies erklärt sich dadurch, daß man die Gefahrenschutzmäßigkeiten nicht genügend anwendet, durch die Arbeitsintensität und durch die breite Anwendung der mechanischen Ausstattungen, die den Verbrauch lebendiger Arbeitskraft vermindern. Die Zahl der Unglücksfälle vergrößert sich, die Kohlenkräne treten an Stelle der Pferde, und die mechanischen Bohrmaschinen ersetzen die Hauer. Diese Rationalisierung verstärkt sich mit jedem Jahre, mit jedem Monat. Der Ertrag eines Mannes vergrößert sich ständig, was die Zahl der Arbeitslosen steigert!

Die sozialfaschistischen Führer der reformistischen Bergarbeiterverbände und der reformistischen Bergarbeiterinternationale spielen die führende Rolle in allen diesen Maßnahmen. Weder in England, noch sonst in einem Lande kann man hoffen, einen erfolgreichen Kampf anders, als auf internationaler Grundlage zu führen. Der Berrallener, die die Unternehmerklasse unterstützen in ihren Versuchen, die Rationalisierung verstärkt durchzuführen, wie z. B. der Bürokraten des Generalrats der Gewerkschaften, der Arbeiterregierung und der Bergarbeiterinternationale, ist der Verachtung aller ehrlichen proletarischen Kämpfer würdig. Mit diesen muß man ein Ende machen! Die sich erhebende Welle der proletarischen Aktivität wird sie hinwegspülen, ihren schändlichen Machinationen ein Ziel setzen und eine wirklich revolutionäre Kampffinternationale der Bergarbeiter schaffen, die klar das Ziel vor sich sieht, das erreicht werden, und den Weg, den man zur Erreichung dieses Zieles beschreiten muß. Ich bin überzeugt, daß dieses bald im Bergbau der Fall sein wird. Die Zeit ist bereits gekommen.

Deshalb hege ich große Hoffnung für die baldige Organisation und erfolgreiche Arbeit der kampffähigen Bergarbeiterinternationale und rufe alle revolutionären Bergarbeiter auf, bei der erfolgreichen Organisation und der Arbeit der kampffähigen Bergarbeiterinternationale zu helfen.



Wir versprechen nicht nur, sondern garantieren dafür,

daß wir ausschließlich echte Orienttabake, insbesondere hochwertige, mazedonische Sorten verarbeiten. Damit ist die einfachste Erklärung für den reinen, mild-würzigen Geschmack dieser vorzüglichen 5-Pfennig-Zigarette gegeben.

KOLI LIBI
GREIFUNG A-G · GRÖSSTE DEUTSCHE KONZERNFREIE ZIGARETTENFABRIK

Macdonalds Schreckensherrschaft

Täglicher Bombenangriff auf indische Dörfer in der Nordwestprovinz Englisches Flugzeug von Aufständischen abgeschossen — Bauern im Steuerstreik

Bombay, 15. Mai. Das Standrecht in Scholapur wird mit brutaler Schärfe durchgeführt. Die Arbeiterschaft verharret geschlossen im politischen Proteststreik. Keiner denkt daran, der Aufforderung nach Wiederaufnahme der Arbeit nachzukommen.

Auf den Straßen herrscht der blutigste Terror der britischen Truppen. An jeder Kreuzung stehen Posten mit Maschinengewehren. Von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf sich niemand auf den Straßen sehen lassen. Hunderte von Verhaftungen sind bereits vorgenommen worden.

In Kalkutta, wo seit Wochen eine gespannte Lage herrscht, kam es gestern wieder zu mächtigen Demonstrationen der Arbeiterschaft. Es gab heftige Zusammenstöße mit der Polizei, wobei viele Personen verletzt worden sind.

In Bombay wurde das Mitteilungsblatt des Kongresses verboten.

Die Stadtverwaltung von Kalkutta nahm eine Entschädigung an, in der sie Gandhi zu seiner Entlassung „beglückwünscht“.

Der Rat des Nationalliberalen Verbandes in Bombay veröffentlichte eine Erklärung, in der er sein „Bedauern“ über die revolutionäre Bewegung und insbesondere über die Verweigerung der Steuerzahlungen ausdrückt.

Die Konferenz der Führer der indischen Parteien, die am Mittwoch zusammentreten sollte, mußte wegen zu geringer Beteiligung (!) vertagt werden.

Bombenflugzeug abgeschossen

Bombay, 15. Mai. In der Nordwestprovinz dauert das Bombardement englischer Kampfflugzeuge auf indische Dörfer und auf die Ansammlungen der Grenzstämme an. Im Nhaberpah haben die Aufständischen ein Bombenflugzeug abgeschossen. Beide Insassen wurden getötet. Der Widerstand gegen die englischen „Strafexpeditionen“, die in indischen Dörfern sengen und mordeten, nimmt zu.

Alle Nachrichten aus der Nordwestprovinz werden von den englischen Behörden aufs schärfste zensuriert, so daß es unmöglich ist, über den Umfang der Aufstandsbewegung ein klares Bild zu bekommen.

Indische Bauern verweigern Steuerzahlung

Bombay, 15. Mai. Die Bauernbewegung nimmt immer größeren Umfang an. Im Bezirk Kabad haben die indischen Bauern beschlossen, keine Grundsteuern zu bezahlen und den schärfsten Kampf gegen die Behörden und die Steuerintendanten zu führen. Die englischen Gerichte werden boykottiert.

Aus Salapur kommt die Meldung, daß die Bauern von Bardoli ebenfalls verschärfte Kampfmaßnahmen beschlossen haben, die Zahlung sämtlicher Steuern verweigern und die Urteile der Gerichte mißachten. Steuerintendanten und andere Regierungsbeamte wurden verjagt.

Kommunistischer Wahlerfolg in Polnisch-Oberschlesien

Bei den Wahlen zum Oberschlesischen Sejm, die am 11. Mai stattfanden, haben die Kommunisten trotz wütenden Terrors einen bedeutenden Erfolg, indem sie insgesamt 27 457 Stimmen erhielten, und in den größten Industriezentren entscheidendes Übergewicht über die Sozialfaschisten zu verzeichnen haben.

Um die Zahl der kommunistischen Stimmen richtig einschätzen, muß in Betracht gezogen werden, daß die kommunistische Partei Polens illegal ist und daß sogar der von den revolutionären Arbeitern und Bauern geschaffenen Wahlorganisation „Einheitsblock der Arbeiter und Bauern“ jegliche legale Wahlaktion unmöglich gemacht wurde. Die Kandidatenlisten wurden zwar zugelassen, sämtliche Wahlpropagandachriften aber beschlagnahmt. Wahlveranstaltungen durch die Polizei ausenandergedrückt und fast alle Mitglieder der Wahlkomitees, sowie die Spitzenkandidaten eingekerkert. Am Vorabend der Wahlen wurde von der Polizei und den faschistischen Banden alles in Bewegung gesetzt, um die Verbreitung der Stimmzettel, die in Polen von jeder Partei auf eigene Rechnung hergestellt und den Wählern zugestellt werden müssen, zu verhindern. Unter diesen Umständen ist es der Initiative, der Aktivität und Opferbereitschaft kommunistischer Genossen in den Betrieben und auf dem Lande zu verdanken, daß die revolutionären Wahlkämpfe den breiten Massen zugänglich gemacht wurden.

Die unmittelbaren Nutznießer dieser acht faschistischen Wahlmethoden müßten eigentlich die polnischen und deutschen Sozialfaschisten sein, die über eine ausgebaute Tagespresse, über einen großangelegten Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsratsapparat verfügen. Das Wahlergebnis zeigt aber, daß die Erfolge der Sozialfaschisten sich nur auf das Gebiet des sogenannten Teschener Schlesiens (ehemaliges österreichisches Gebiet), eine alte PPS-Burg, beschränken. Im ober-schlesischen Kohlenrevier haben die Kommunisten besser abgeschnitten als die Sozialfaschisten. So z. B. in Königs- hütte ergaben die Kommunisten 309, die PPS. 1883, in Swientochowik die Kommunisten 3074, die PPS. 477, die Deutsche SD. 738, in Lagiewnik (Hohenlande) die Kommunisten 974, die PPS. 416, DSD. 252, in Siemianowik die Kommunisten 1050, die PPS. 235, DSD. 48 usw. Der Einheitsblock der Arbeiter und Bauern gewann zwei Sitze im ober-schlesischen Sejm. Die beiden Abgeordneten, Genossen Wiczyński (Wahlbezirk Katowick) und Komarzewski (Wahlbezirk Königshütte) befinden sich noch im Gefängnis.

Proteststreiks der Pariser Postbeamten

Paris, 15. Mai. Heute wurde in Paris ein Generalstreik der Angestellten und Arbeiter der Post, Telephon- und Telegraphenämter durchgeführt. Von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ruhte der gesamte Betrieb.

Die Belegschaften der französischen Post, Telephon- und Telegraphenämter befinden sich bereits seit einiger Zeit in starker Erregung, weil die Regierung ihre Forderungen auf Erhöhung der absolut unzureichenden Gehälter immer wieder verschleppt. Die Postbeamten von Paris, Lyon, Marseille haben in den letzten Tagen wiederholt Kundgebungen in den Dienstgebäuden veranstaltet. Die Telegraphenbeamten von Paris hatten gestern schon einen einstündigen Proteststreik durchgeführt.

Gestern begab sich eine Abordnung von Postbeamten zum Ministerpräsidenten Tardieu. Dieser lehnte jede Erhöhung der Gehälter ab. Für den Fall eines Streiks werde die Regierung die schärfsten Maßnahmen ergreifen. Der heutige Generalstreik der Pariser Postbeamten ist die Antwort auf die Haltung der französischen Regierung.

Meuterei auf brasilianischem Kriegsschiff

London, 15. Mai. Nach Meldungen der „Times“ aus Rio de Janeiro befindet sich die Besatzung des brasilianischen Schiffs „Minas Geraes“ seit längerer Zeit in Rebellion gegen die schändlichen Lebensbedingungen und die schikanöse Behandlung seitens der Vorgesetzten. Nunmehr verweigerte ein großer Teil der Besatzung ihren Vorgesetzten den Gehorsam.

In Rio de Janeiro sind gestern 23 Soldaten von den Militärbehörden verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeworfen worden, weil sie in aller Öffentlichkeit kommunistische Agitationsmaterial gelesen und verbreitet haben. Die leitenden Offiziere des Schlachtschiffes führen eine Kesselexplosion, die sich Anfang April ereignete, ebenfalls auf die Gärung innerhalb der Schiffsbefatzung zurück.

13 Pariser Kommunistenführer haftentlassen

Paris, 14. Mai. Die Regierung hat die 13 in der Santé gefangen gehaltenen Genossen, die des „Komplots“ im Zusammenhang mit dem 1. August beschuldigt waren, nach zehnmönatiger Untersuchung nunmehr provisorisch in Freiheit gesetzt. Die Freilassung gibt auch zahlreichen anderen Genossen die Möglichkeit, ihre revolutionäre Tätigkeit legal wieder aufzunehmen.

Die Haftentlassung der angeklagten Revolutionäre ist ein Erfolg der proletarischen Aktivität, die in der letzten Zeit immer stärker gegen die Verfolgungen einsetzte. In Hunderten und aber Hunderten Versammlungen, auf zahllosen Demonstrationen, bei Streiks usw. haben die Arbeiter unaufhörlich gegen das „Komplot“ und für die Freilassung der Verhafteten gekämpft.

Die „Humanité“ versteht die Meldung mit dem Appell an die französische Arbeiterschaft, nicht nachzulassen in ihrer Amnestieforderung, bis auch André Marty, der Held der Schwarzmeer-Flotte und alle anderen proletarischen Gefangenen freigelassen werden müssen.

Whalens Fälschungen entlarvt

Neuyorker Antisowjetische Zusammengebrochen

Neuyork, 15. Mai. Der Abgeordnete Pagnardie bezeichnete in einer Rede im Kongress die von dem Neuyorker Polizeichef Whalen veröffentlichten Dokumente, durch die verschiedene Sowjetinstitutionen, vor allem die zentrale Handelsorganisation der Sowjetunion in den USA, Amtorg, der politischen Propaganda überführt worden seien, als gefälscht. Er führte den Nachweis dafür, daß diese „Dokumente“ im Februar dieses Jahres in einer Neuyorker Druckerei hergestellt wurden.

Ein Reporter der Neuyorker Sensationszeitung „Graphic“ hatte die Druckerei ausfindig gemacht; Whalen weigerte sich jedoch, die Beweise für die Herstellung dieser Dokumente zu prüfen, die man ihm zur Verfügung gestellt hatte und weigerte sich darüber hinaus auch noch, die „Originals“ überprüfen zu lassen.

Der „Daily Worker“ erhebt gegen Whalen die Beschuldigung, er habe gewußt, daß diese Dokumente gefälscht wurden.

Außenminister Stimson stellte fest, daß er von den Fälschungen unterrichtet war und sich genötigt, zuzugeben, daß ein Komplot besteht, dessen Wert diese Fälschung ist, und daß „hervorragende Persönlichkeiten“ an dem Komplot beteiligt sind. Er zitierte in diesem Zusammenhang auch die gefälschten Dokumente, die bei dem Ueberfall auf die „Arco“ in London produziert wurden.



WATERLANDSIEGE GESELLEN

55. Fortsetzung

Als Klaus das Brot entdeckt und die Butter, legt er seinen eigenen Leuten fort, setzt sich an den Tisch und schmeißt sich ein Brot. Anna legt das Brot für Martha vorsichtshalber weg. „Besser ist besser“, sagt sie mit komischem Ernst. Dann sitzen wir zusammen und essen.

Wie sich die Menschen doch verändern! Als wäre alle Aktivität in ihnen zerbrochen. Selbst Klaus, dessen Ruhe mir immer so wohl tat, schleicht umher wie ein Gefangener. Anna ist so alt geworden, ihre Hände so weiß, unter dem Rinn so viel überflüssige Haut. Nur ihre schwarzen Augen glänzen, wie hinter einem Nebel.

Ich frage nach Alfred und Lotte. Die Tür war verschlossen, als wir klopften. „Alfred ist in der Heilanstalt. Er hat mit dem Kopf zu tun, schlägt mitunter alles kurz und klein. Lotte muß arbeiten, das Kind ist bei Lottes Eltern.“

Ich bin erschaut und sehe Sophie an. Sie hat nur berichtet, daß Alfred noch immer nicht auf dem Posten ist. Aber von „Luz und Kleinschlagen“?

„Man muß dich ja behandeln wie ein Kind“, verteidigt sie sich, als ich sie frage. „Kommst ja schon so aus der Aufregung nicht heraus!“

Klaus horcht hin, laut den Boden Brot erst bedächtig klein, ehe er schmeißt und sagt: „Alfred ist mit den Nerden zu weit ranter. Denk doch: Er kann sich nicht verständlich machen, kann ja kaum sprechen. Und wenn ein Mensch wie Alfred das mit ansehen muß und hinuntergeschludert, sich vielleicht noch auslachen lassen — das erträgt so einer nicht. Als Former kann er auch nicht mehr arbeiten, und die Unterstützung reicht nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Da muß ja ein Mensch verrückt werden.“

„Und Letzte?“

„Der ist in Gefangenschaft. Zwei Tage war er in den Aragonen, dann war er drüben.“

„Der hat's am Schlauesten angefangen“, ergänzt Anna und schaut wie ohne Ziel über den Tisch — „hat wenigstens was zu freuen!“ Sie sieht dann auf und räumt den Tisch ab. „Für die Brummoschen hier die Finger verbrennen, hat ja keinen Zweck!“ jagt sie kategorisch und verläßt die Stube.

„Wie sieht es denn draußen aus, haben sie die Nase noch nicht bald voll?“

Klaus hört aufmerksam zu und nickt. „Es geht zu Ende“, meint er dann. „Da können sie machen, was sie wollen!“

Da dreht sich Schlüssel in der Tür. Martha kommt. Sie drückt mir freudig die Hand, legt ab und setzt sich dann. Sie ist häßlich, scheint überhungert, hat vielleicht deswegen gar nicht sprechen, an nichts anderes denken können. Denn als sie mit einigen Wiffen ihren Magen beruhigt hat, sagt sie: „Jetzt räumen sie aber wieder auf. Alle Vertrauensmänner holen sie in den Schützengraben, was irgendwie verdächtig ist, wird eingezogen.“

„Das war vorauszu sehen“, sagt Klaus trocken. — „Aber damit kloppen sie den Hunger nicht. Das nächste Mal wird es besser klappen.“

Sophie erzählte mir schon von dem Hungerstreik, der im April 1917 durch die Fabriken in Deutschland legte. Nun erst erfahre ich durch Klaus und Martha Einzelheiten. Ich habe mich immer gewundert über die Harmlosigkeit aller Briefe. Kein Wunder, alle Nachrichten, die auch nur etwas verdächtig ausfallen, sind der Zensur zum Opfer gefallen. Die Soldaten im Felde dürfen nichts davon erfahren, dürfen nicht wissen, daß sich ihre Frauen und Kinder und Väter, vom Hunger gepeinigt, gegen den Nordpatriotismus auflehnen. Sie dürfen nur erfahren, daß der „Verbrecher“ Karl Liebknecht mit einigen „unlangeren Elementen“, meist jugendlichen Burtschen und Mädels“, ungeschädlich gemacht ist.

Sonntags folgen wir einer Einladung. Sophie bejaht ihre alte „Herrschafft“ in Hamburg-Harvestehude. Sie war einmal wegen ihrer Entschädigung dort; mußte viele ihrer Sachen in Heiligoland im Stich lassen. Die Herrschaften wurden einwandfrei abgefunden — Sophie bekam nichts. Was eine Köchin schon hat, ist nicht der Rede wert. Mit solchen Kleinigkeiten gibt sich das Vaterland nicht ab.

„Kommst du mit, Hans? — Sonst sind die Leute ganz nett!“

„Gut, ich komme mit.“

Ein Dienstmädchen öffnet und meldet: „Befehlt und Frau.“ Madame Görcke empfängt uns: „Ist aber nett, daß Sie kommen!“ Die Vorstellung beginnt: „Herr Görcke. Herr Leutnant Hohenstein und Frau — Herr Beholdt und Frau.“

„Sehr angenehm!“

„Auf Urlaub hier?“ fragt der Herr Leutnant. Er ist der Schwiegerjohn. Er trägt Zivil wie ich.

„Ja wohl!“

„Warum haben Sie nichts davon wissen lassen, Sophie?“ fragt die alte Dame vorwurfsvoll. „Herr Beholdt hätte mir doch sicher etwas von Warschau mitbringen können?“

„Er kam so unverhofft.“

„Soo — das ist schade. Wissen Sie, die Preise jetzt, nicht gutzumachen ist das. Ich zahle für Butter bereits fünfundszwanzig Mark das Pfund. Eine Gans, die uns mein Mann — sie meint damit ihren Eierkasten — am Sonnabend brachte, kostete sechzig Mark. Das ist doch einfach toll! Für guten Holzländer muß man bis fünfzehn Mark pro Pfund bezahlen — Sind die Sachen in Warschau auch so teuer?“

Wir legen uns zu Tisch. Die Gans ist schon aufgegessen. „Wissen Sie, mit fünf Menschen“, entschuldigt sich Madame. Sie weiß nicht, daß ich im Moment überlege, ob der Arbeiter Gramer, der neben seiner Frau noch sechs Mäuler zu kochen hat, bei vierundachtzigstündiger Arbeitszeit so viel verdient, wie die fünf Mann für eine Mahlzeit gebrauchen.

Wir müssen uns mit Butter, Käse, Wurst, mit der kalten Platte „begnügen“. Hinterher trinken wir noch eine Tasse Kaffee“, sagt Madame.

„Ich esse! Der Käse wird klein und kleiner, das halbe Brot ist schon verzehnt, die Wurst wird immer höher, bald liegt nur noch die Pelle da. Ich bin gar nicht so hungrig — ich esse aus Protest! Vielleicht können sich die Leuten keinen hungrigen Menschen vorstellen, denke ich und pelle mir seelentüchtig noch zwei Eier ab, trotzdem mich Sophie ganz erschrocken ansieht. Als Madame in die Küche geht, um neues Brot zu holen, flüstert Sophie: „Lütting, du kommst doch gar nicht so hungrig sein?“

„Doch! Ich habe großen Hunger. Ich kann dir doch das bißchen Brot, das wir haben, nicht aufessen. Halt dich ran, das kostet hier nichts!“

(Fortsetzung folgt)

Riesengehälter für den Magistrat - den Hunger den Erwerbslosen
Kommunistische Anträge in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt / Schamloses Verhalten der Sozialdemokraten

Gestern begannen in der Stadtverordnetenversammlung die Sitzungen. Vorerst sprach der Räumlicher Dr. Friede. Einen Teil seiner Ausführungen geben wir morgen wieder. Wir sind bereits in einigen Artikeln auf die Einzelheiten des Etats eingegangen und werden die Stellung der Kommunisten noch einmal zusammenfassen, wenn der kommunistische Rat zum Etat gesprochen haben wird. Die Lage in Breslau ist katastrophal. Von vornherein ist ein Millionen-Defizit vorhanden. Bei der Frage nach besserer Deckung ist man, wie nicht anders zu erwarten war, auf denselben Ausweg verfallen, der schon immer beschritten wurde, wenn es galt, die Rechnung der kapitalistischen Wirtschaft zu begleichen. Wieder sollen die Massen der wertvollsten Bevölkerung durch zweifache Wiedereinstellung belastet werden. Wober ist an den Staatspositionen von neuem „gespart“ worden, an denen man schon in früheren Jahren regelmäßig Wüstnisse vorgenommen hatte. Selbstverständlich, daß diese Maßnahmen auf der anderen Seite ihre Ergänzung finden in der Ausgabenerhöhung für die Gewalt- und Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse, mögen sie diesen Charakter offen oder verdeckt tragen.

Man hat sich in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung damit „begnügt“, hauptsächlich die meist unwichtigsten vierzig Punkte der Tagesordnung „auszuarbeiten“, um die nächsten Wochen für die großen „Brod“, wie sie die Stadtberatungen mit sich bringen, einschließlich der Umwandlung der städtischen Betriebswerke, des Vertragsstandes mit dem Elektrizitätswerk Schloßer usw. freizuhaben. Aber auch gestern wurden bereits einige wichtige Fragen von grundsätzlicher Bedeutung erörtert, und zwar in einer Weise, die die gesamte wertvolle Bevölkerung zu schärfstem Protest veranlassen muß.

Da war als erstes einmal die Bewilligung der Unterstützung für die Luftfahrt. Nicht weniger als 70.000 Mark wurden dafür angefordert und anstandslos von der Mehrheit bewilligt. Die sozialdemokratische Fraktion leistete sich „Opposition“, nachdem sie in den früheren Jahren, als es auf ihre Stimmen ankam, stets die Gelder für die Luftfahrt bewilligt hatte. Im Auftrag der kommunistischen Fraktion lehnte Genosse Abelt die Subventionierung der Fliegerei entschieden ab. Das was heute noch „Sport“ ist, kann im Falle eines Krieges durch einfachste Umstellung blutige Wurf- waffe werden. Die kommunistische Fraktion beantragte, die für die Fliegerei geforderte Summe von 70.000 Mark zum Zwecke der Schulkinderspeisung bereitzustellen, damit den starbaldigen Zuständen,

daß die Kinder, ohne etwas zu essen, in die Schule gehen und mit hungrigem Magen am Unterricht teilnehmen müssen, entgegengearbeitet werde.

Dieses Verlangen wurde abgelehnt; die Herrschaften, die dagegen stimmen, brauchen ihre Kinder ja nicht hungrig in die Schule zu schicken! Noch ähnlicher wurden die Herrschaften bei der Behandlung der Vorlagen, die die Neubesetzung und die Gehaltsfestsetzung für die Stellen des Oberbürgermeisters und der drei Stadträte Fuhs, Tobler, Schmidt, die ihre 12jährige Dienstzeit beendet haben, betrafen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte dazu folgende Anträge eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die allgemeine Notlage der wertvollsten Bevölkerung der Stadt Breslau, hervorgerufen durch die katastrophale kapitalistische Wirtschaftspolitik in Reich und Ländern, läßt die Freisetzung der Gehälter der Magistratsmitglieder, einschließlich der Bürgermeister, wie sie in der Vorlage durch den Bezirksauschuß begründet sind, nicht zu. Die Gehälter der Magistratsmitglieder einschließlich Bürgermeister sind auf 6000 Mark Einheitshöchstgehalt im Jahre festzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: In Anbetracht der Finanzlage der Stadt sind die Stellen der Stadträte Schmidt, Fuhs und Tobler sowie die Stelle des 1. Bürgermeisters, deren zwölfjährige Amtszeit abgelaufen ist, nicht mehr zu besetzen. Die dadurch freigewordenen Beträge werden für außerordentliche Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen zurückgehalten.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten wollten zu den Gehältern auch etwas sagen, und beantragten daher „Kürzung“ des Oberbürgermeistergehalts von 36.000 Mark auf 30.000 Mark jährlich. Ihr Redner Friß Bietisch versuchte etwas in Demagogie zu machen, indem er davon redete, daß in Breslau „viele mit einem weit niedrigeren Gehalt auskommen müßten“. Im nächsten Augenblick aber sagte er bereits zu dem Gehalt des zweiten Bürgermeisters, also seines eigenen Parteigenossen Mache, „keine Kürzungsanträge stellen zu wollen“. Die Stadtverordnetenversammlung und der Zuhörerraum quittierten diese famose Erklärung mit schallendem Gelächter. Zwar versuchte Krumm (SPD.) nach dieser peinlichen „Entgegnung“ zu retten, was noch zu retten war, aber auch er konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der — dazu noch lächerlich ungenügende — Kürzungsantrag nichts weiter als ein Agitatörstückchen war, und daß man gar nicht daran denkt, trotz der Frechheit über die Notlage auch nur einen Pfennig von den Riesengehältern der Magistratsmitglieder zu streichen, besonders wenn es sich um einen der ihrigen handelt. Genosse Guhr, der für die kommunistische Fraktion sprach, legte in eindringlichen Worten dar,

welche ungeheure Provokation der hungernden Massen diese Gehälter bedeuten.

Sonst heißt es in jeder Sitzung, wir haben kein Geld, um auch nur die notwendigsten Dinge durchzuführen. Hier aber ist Geld sofort vorhanden. Man behauptet, in Breslau herrsche ein außerordentlicher Mangel. Abgesehen davon, daß die geforderte Gehaltskürzung für die Kommunisten eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist, war für die Stellung dieses Antrages das Geld mit maßgebend, das gerade in Breslau herrscht. Tausende von Breslauer Erwerbslosen stehen direkt vor dem Hungertode. Sie wissen nicht, wovon sie leben sollen, während die Magistratsmitglieder Riesengehälter empfangen.

Aber es geht nicht nur die Frage der Gehaltskürzung, sondern auch die des Abbaues einer Anzahl Magistratsstellen.

Bisher habe man in der städtischen Verwaltung nur bei den Arbeitern rationalisiert. Es ist höchste Zeit, mit der Rationalisierung im Magistrat selbst zu beginnen. Die Arbeit der in Regal stehenden Dezenten könne durchaus von den übrigen, keinesfalls sich

tolerierenden Magistratsmitgliedern geleistet werden. Dadurch werden jährlich 100.000 Mark gespart, für die 50 städtische Arbeiter eingestellt oder über 200 ausgesteuerte Erwerbslose nach den bisherigen Sätzen unterstützt werden können. Wenn man gegen die kommunistischen Anträge einwende, sie seien „ungefährlich“, dann sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß in Breslau manches „Ungefährliche“ ist, und daß derartige Ausflüchte bei den hungernden Erwerbslosen keinesfalls verstanden werden.

Nach einer längeren Diskussion wurden die kommunistischen Anträge von der Einheitsfront der Nazis bis zur SPD. abgelehnt. Auch die sozialdemokratischen Anträge, die ja nur gestellt waren, weil ihre Ablehnung sicher war, wurden mit verschiedenen Rezhetten abgelehnt.

Bei den Abstimmungen machten sich die Nazis das erste Mal „bemerkbar“. Minutenlang dröhnte Gelächter durch den Sitzungssaal, als sie andauernd anders abstimmten, als sie eigentlich wollten. Eben hatten sie noch für einen Antrag gestimmt, im nächsten Augenblick waren sie gegen ihn. Krumm, ihr Fraktionsführer, verstärkte die Heiterkeit noch, als er die Erklärung abgab, die Nazis wären durch die anderen Stadtverordneten und durch die Zuhörer, die sie durch Jurise andauernd „veräppeln“, verwirrt gemacht worden. Wie wird es ihnen erst mal ergehen, wenn sie andere Dinge als nur ein paar Jurise zu überwinden haben!

Der Höhepunkt der Schändlichkeit des Verhaltens der sozialdemokratischen und bürgerlichen Stadtverordneten wurde erreicht, als die Anträge der Erwerbslosen auf Auszahlung einer Arbeitslosengeldhilfe, auf Erhöhung der Wohlfahrtsbeihilfe, auf Abschaffung der Pflichtarbeit, Einführung des Siebenkundertages und Anerkennung des Erwerbslosen- ausflusses beraten werden sollten.

Außer den Kommunisten stimmte niemand für diese Anträge, so daß sie überhaupt nicht zur Beratung kamen. Genosse Zyka lennzeichnete in einer scharfen Erklärung dieses Verhalten, besonders den Verrat der SPD. Als er von den Parteiführern für die Magistratsmitglieder sprach, erhielt er einen Ordnungsruf von dem sozialdemokratischen Vorsitzenden.

In anderen Vorlagen wurde noch zugestimmt dem Sparplanneubau am Ring; die Zuweisung von Gelände in Carlswitz für die Siedlungsgesellschaft ging in den Ausschuß.

Hunger und Elend auf der einen Seite — Schlemmen und Prassen auf der anderen: das ist das Bild, das Breslau, die Stadt der Not, gibt. Die bereits heute unerträglichen Zustände sollen in der Zukunft noch übertriften werden. Diese Pläne werden Tatsache werden, wenn die Arbeiter nicht in einheitlicher Front den Kampf unter Führung der kommunistischen Partei gegen eine solche Entwicklung führen.

Zwangsländerverschickung jugendlicher Erwerbsloser

Jungerverworfene, Arbeiterkellern, lehnt diese Forderung ab!

Das Arbeitsamt Breslau geht jetzt dazu über, jugendliche Erwerbslose zur Arbeit aufs Land zu „vermitteln“. Wie uns mitgeteilt wird, wurde in den letzten Tagen weiblichen Erwerbslosen im Alter von 16 bis 20 Jahren derartige Landarbeit, und zwar nach Pommern, zugewiesen. Ein Teil der Mädchen hat diese Arbeit abgelehnt, worauf ihnen prompt die Unterstützung gesperrt wurde. Diejenigen Mädchen, denen die Unterstützung aus diesem Grunde gesperrt wurde, werden aufgefordert, sich umgehend in den Auskunftsstellen des Landes-Erwerbslosenans-

schusses, Lehmbaum 38/40, Lokal Daniel, oder im Anglerheim, Reuthenstraße 72, zu melden. Allen Eltern, deren minderjährige Töchter zur Landarbeit vermittelt werden, wollen diesen die Annahme dieser Arbeit untersagen. Auch die Schreiben des Arbeitsamtes, in denen die Eltern aufgefordert werden, die Annahme von Landarbeit zu gestatten, sind ablehnend zu beantworten. Gegen den Skandal, jugendliche weibliche Erwerbslose als willige Ausbeutung- und Lußobjekte den Großagrariern auszuliefern, müssen die Erwerbslosen den schärfsten Protest erheben.

Nationalistische Verwirrungsmanöver

Was ist die Frontliga?

In Breslau ist vor einiger Zeit die „Frontliga“ gegründet worden, ein zweiter „Stahlhelm“. Ihre Satzungen lassen keinen Zweifel darüber, daß es sich hier um eine ausgeprägte nationalistische Organisation handelt, die zwar sehr vorzüglich auftritt und nur darauf spekuliert, recht viel Mitglieder in ihre Organisation zu bekommen. Der demagogische Begriff der angeblich „strengen parteipolitischen Neutralität“ kann keinen Zweifel darüber lassen, daß man durch diese „Frontliga“ versucht, einen ausgeprägten militärischen Geist bei den Mitgliedern aufzuziehen. Das ergibt sich auch aus der kurz angelegten Erklärung der Ziele dieser Organisation, die angeblich erstrebt, daß in allen führenden Körperschaften „Frontsoldaten“ an der Spitze stehen sollen. Das sind dieselben Forderungen, wie sie der Stahlhelm, Jungdo und andere nationalistische Gruppen aufstellen. Diese Organisation tritt mit harmlosem Charakter nach außen auf, aber ihr Bestreben ist, auch in Deutschland weite Kreise von neuem für den militärischen Gedanken zu werben

und sie im „Geist der Frontsoldaten“ zu beeinflussen. Eine solche Organisation ist immer arbeitserföndlich und kann mit den Interessen der wertvollen Bevölkerung absolut nichts gemein haben. Wer über den Zweck und die Ziele dieser Organisation noch im unklaren ist, der dürfte sehr bald durch die Publikationen dieser Organisation eines anderen belehrt werden. Die Organisation wird lediglich ausgezogen als Konkurrenzorganisation gegenüber den Kriegsoffiziersbänden und dürfte vielleicht ihren Ausgangspunkt nehmen auch in den Kreisen, die sich jetzt vom Zentralverband deutscher Kriegesbeschädigter wegen der in dieser Organisation vorgelommenen Korruption losgelöst haben.

Deshalb, proletarische und sozialistisch gesinnte Kriegsoffiziere, warnen wir euch! Eure Organisation ist der „Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“. Sprechstunden werden jeden Mittwoch und Sonnabend im Lokal „Goldener Bach“, Ursulinerstraße 21, von 18 bis 20 Uhr abgehalten.

Neun Tote, 234 Verletzte!

Die höchste Verkehrsunfallziffer

Im Monat April ereigneten sich im Stadtgebiete Breslau 382 Verkehrsunfälle. Ueber jeden Unfall ist Anzeige erstattet. Durch Verkehrsunfälle getötet wurden neun Personen (sechs männliche und drei weibliche, darunter ein Kind im Alter von 5 1/2 Jahren). Mit neun Todesfällen ist die höchste Monatsziffer für Breslau bisher festgesetzt. Verletzt wurden 234 Personen (154 männliche und 80 weibliche). Auffallend groß ist die Zahl der verletzten Kinder in diesem Monat. 20 Kinder unter sechs Jahren und 21 Kinder im schulpflichtigen Alter von sechs bis 14 Jahren wurden verletzt. Wegen Uebertretung der Verkehrsbestimmungen sind 819 Strafverfügungen ergangen und weitere 85 Strafverfahren gleicher Art sind der Anwaltschaft zur Aburteilung zugeleitet worden. 25 Angezeigte wurden verwahrt.

Die Zahl der in den ersten vier Monaten des Jahres 1930 erteilten neuen Führerscheine beträgt 1519. In der gleichen Zeit wurden 290 internationale Fahrausweise ausgestellt. Die Zunahme der zum Verleib zugelassenen Kraftfahrzeuge im Monat April betrug 1178. Zwei Führerscheine wurden entzogen und zwei Fahrer unter Androhung der Erziehung des Führerscheins letztmalig verwahrt.

Baugewerkskonzen vor Gericht

Mu. Bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung am 22. November Habel gegen Baugewerksbund war Habel von dem Vertreter des Baugewerksbundes, dem Gewerkschaftsangehörten Kuhn, der Vorwurf gemacht worden, Unterschlagungen in etwa 500 Fällen begangen zu haben. Daraufhin antwortete der entlassene Baugewerksbund-Kassierer Habel: „In demselben Maße, wie ihr Unterschlagungen vorwerft, habt ihr sie selbst begangen!“ Die Folge dieser Neuerung war eine Privatbeleidigungsklage Kuhn gegen Habel, in der gestern Termin anstand. Habel machte nun einen kleinen Dreh, indem er meinte, die Neuerung sei so aufzufassen gewesen, daß die ihm vorgeworfenen Dinge nur Versehen sein könnten, und solche Versehen seien auch den anderen passiert. Der als Zeuge geladene Bauarbeiter Kollenber gab Auskunft über eine Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft, wo ihm gesagt worden sei, daß in den bekannten schwebenden Verfahren gegen Habel Anklage wegen Betruges bzw.

Unterschlagung und gegen Meise und Kuhn wahr- scheinlich wegen Begünstigung erhoben werden wird. Interessant war, daß man als Verteidiger Kuhn nicht wie im Prozeß Meise gegen Kollenber eine SPD-Anwaltsgröße genommen hatte, sondern ein unbekanntes Parteimitglied, den Rechtsanwalt Markiewicz. Der wollte sich anscheinend die Sporen als politischer Anwalt verdienen und machte phantastische Ausführungen über „kommunistische Sprengversuche der Gewerkschaften“. Er wurde aber von den im Zuhörerraum anwesenden Bauarbeitern sichtlich nicht ernst genommen. Ebenso lächerlich war es, den Zeugen Kollenber als aus der SPD. ausgeschlossenen „überführten kommunistischen Spion“ hinzustellen.

Das Gericht verurteilte Habel schließlich wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft. Herr Kuhn soll sich nicht einbilden, daß ihm damit ein positives Ehrenzeugnis ausgestellt worden ist.

Gibt es Geld für die Oper?

Es wird gemeldet: Reichsinnenminister Dr. Birtz hat sich entschlossen, aus dem Theaterfonds seines Ministeriums, der rund 250.000 Mark beträgt, 80.000 Mark als Reichs-Subvention für die Breslauer Oper zur Verfügung zu stellen. (Von anderer Seite wird die Richtigkeit dieser Meldung bestritten.)

Die Untersuchung der Kinderleiche, die am 6. Mai im Grund- stück Frankfurter Straße 52 aufgefunden wurde, hat ergeben, daß das neugeborene Kind nach der Geburt gelebt hat. Die Todesursache ist nicht festzustellen. Die Kindesmutter ist bisher noch nicht ermittelt. Die Kriminalpolizei ersucht daher alle, die eine Person mit einem länglichen Sackweidenkörbchen in der Nähe des Grundstücks gesehen haben, sich sofort zu melden.

Schlägerei. Heute Nacht entwickelte sich in einem Lokal in der Kaiser-Wilhelm-Straße nach vorangegangener Wortwech- seln zwischen einigen Gästen eine Schlägerei. Der Meister H. G., Ottostraße wohnhaft, wurde mit Biergläsern und Stühlen am Kopf sowie an den Händen erheblich verletzt. Er wurde nach dem Wenzel-Gan- denkrankenhaus geschafft.

Ma-Probe. Heute Freitag, 20.15 Uhr, in der Gymnasialschule Nikolaistadtgraben 18. Alle Genossinnen und Genossen, die am Sprechchor und in den Neuzeitern mitwirken, müssen pünkt- lich erscheinen.

Landeskonzern der J. A. H.

Sonntag, den 18. Mai, im Gesellschaftshaus „Wratislawia“, kleiner Saal. Alle Delegierten müssen pünktlich erscheinen.

Streiklen. Sonnabend führt der Arbeiter-Musikverein Streiklen in Kuschlau (Gasthaus Strind) eine Maiveranstal- tung durch. Anfang 19 Uhr, Eintritt 60 und 80 Pfennige. Die Arbeiterschaft von Streiklen und Umgebung wird ersucht, sich rego zu beteiligen.

Lutz der König der Abenteurer
in
Besondere Kennzeichen
und Amerikas gefeiertster Wildwestreiter
in
„Der Polizeispion von Kalifornien“
Eintrittspreise ab 30 Pfg.
Odeon - Lichtspiele
Taschenstraße 20

Stadttheater Breslau Vereinigte Theater
(Opernhaus)
Spielplan vom 16. bis 18. Mai
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 19
Opern
Salvatore Rustica hierauf:
Der Wajako
Sonabend, 20 Uhr
Der Sigenerhaken
Sonntag, 20 Uhr
Der Kreuzkammer

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 10. 5. bis
bis Sonntag, den 18. 5.
20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Leben aus Irland
Lustspiel aus dem alten
Osterreich. Steph. Kamare

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 10. 5. bis
Sonntag, den 18. 5.
20.15 Uhr
Neu inszeniert!
Der Muttergatte
Nach dem amer. Schmanl
bearbeitet von B. Popson

Makulatur
in kleinen Posten, ist noch
in unserer Geschäftsstelle,
Trebnitzer Strasse 30,
zu haben

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten
in steter Verbindung sein, wenn
Sie einen schnellen und hohen
Umsatz erzielen wollen. Die
große Masse der Käufer rekrutiert
sich aus der Arbeiterchaft,
den Angestellten und Beamten.
Die kommunistische Presse ist in
diesen Kreisen die Führende. Be-
nutzen Sie diese Gelegenheit zum

INSERIEREN

**Kinderwagen
Puppenwagen**
Jetzt extra billig
**Korbmöbel
Metallbettstellen**
Sudonke
Ottauer Str. 35
Ecke Taschenstr.

Fahrräder
Mark 80.— Maat
Ocean-Halbrenner
08.50 u. noch billiger
Wartung
wie Presto, Ballon-
räder, Fabrikpreisen
Fahrradhaus
Kallus Philip
Friedr.-Wilh.-Str. 33

Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
Platten auf Teilzahlung. Mk. 10.— An-
zahlung, 2 Mk. wöchentl.
Karl Bors jr.
Schneid. Str. 12a
Bitte geben auf meine Adresse
zu achten

Wollen Sie schon?
daß Sie in
Geldnot
sofort — reell — diskret
Bargeld
in jeder Höhe auf Pfänder erhalten
im behördlich konzessionierten
Leibhaus Richter
Neudorfstr. 59, I. Etg. Tel. 34876
Geöffnet von 8-7 Uhr

Empfehlenswerte Lokale von Groß-Breslau

Konzertlokal
„Strehleiner Bierhalle“
1946 Ohlauer Straße 1/2
Reinhold Pohl & Co. / Inh. Kluge
Kornbrennerei
Mehlgasse 43 Matthiasstr. 7
13548

„Drei-Kronen-Säle“ Breslau-Rosenthal
Säle für Vereinsfestlichkeiten / Tel. 500 34
Jeden Sonntag Tanz u. humor. Vorträge
Städtischer Auto-Omnibus ab Trebn. Platz—Gartenstr.
19440

Bürgerl. Brauhaus Breslau
A.G. / Hubenstraße 44/48
empfiehlt ihre wohlschmeckenden u. bekömmlichen Biere
und zwar: Lagerbier, hell und dunkel
Bürgerbräu, hell
und Caramel-Tafel-Vollbier
19438

Pulvermanns Gaststätte
Berliner Platz 5
Gaststätte zum Altmeister
Friedrich-Wilhelm-Straße 41
13472

Gaststätte z. Lessing
Adalbertstraße 10
Treff • sämtlicher Werktätigen!
Saal f. Vereinsfestlichkeit.
19430

Gaststätte „LIEBICHSHÖHE“
Inh. A. Andersch Telefon 272 33
Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei
1319

**KUBETZKY'S
GESELLSCHAFTSHAUS**
Mehlgasse 11
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag
Großer Fest-Tanz
Fernruf 59490 13437
Saal für Festlichkeiten und Versammlungen

Trinkt den guten
**Hennig-
Crème!**
Überall erhältlich!
19438

Die bevorzugten **Gotthard-Meisner-Gaststätten** bieten Jedem nur das Beste 19439

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Richard Krusch, Wurstfabrik
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49
Matthiasstr. 166, N. Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 26 13591

Fromms Act
Gegen Infektion
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich 13394

Popoff Edter Joghurt-Käse
überall erhältlich 13875

Die Packung sagt alles
13400

Rubas Seite
Schuhwerke
Rudolph Halhorn GmbH Breslau

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter, Vogelkäfige
Kfz-Utensilien 13390

UHREN und GOLDWAREN
preiswert durch direkten Einkauf
bei Lewy, Alte Graupenstraße 6/10
Besichtigung ohne Kaufzwang
13383

Silesia-Matratzenfabrik
Kupferschmiedesfr. 44, Ecke Schuhbrücke
Metallbettstellen liefert gut u. preiswert Matratzen
Steppdecken 13664 Chaiselongues

**„PIETÄT“
WILHELM SCHNEIDER**
Beerdigungs-Anstalt
Begräbnis-Versicherung
„Deutscher Herold“
Schuhbrücke 58, 59, 60
Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher Nr. 54404
13563

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
13432

WILHELM SCHWARZ
Lassalle-Platz 1 ptr. (Karlsplatz)
Tuche und Futterstoffe
Größte Auswahl bei niedrigen Preisen
13394

Molkerei-Produkte
Richard Baumert, Ring 7
13391

Felix Kayser
MUSIKHAUS RING RATHAUS 28
13401 und Junkerstraße 11

W. Kelling
Reinigt / färbt / wäscht
13439

**UHREN
GOLD- UND SILBERWAREN**
Emil Friesing, Juwelier
Inhaber A. Hampf
Albrechtstraße 5, Ecke Schuhbrücke
13386

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
13565 Filialen in allen Stadtteilen

R. Karsunky & Co. / Möbel
13668 Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiasstr.

Möbel-Weigt
Hauptgeschäft Nikolaistraße 7
Zweiggeschäft Bohrauer Straße 1
Größte Auswahl in Zimmern u. Einzelmöbeln
gut / reell / billig
Teilzahlung nach Vereinbarung
13387

**Beerdigungsanstalt
C. HEYMANN**
Überführungen / Feuerbestattungen
Begräbnis-Versicherung
Breslau I, Klosterstraße 95/97
Tel. 58747 u. 58748
Zweiggeschäft: Gräbschener Straße 43
13273

West
Fleischerei und Wurstfabrik
13390
Georg Fischer
Friedrich-Wilhelm-Straße 3

Möbelhaus
Paul Lorenz
13389
Nikolaistr. 61/62

TEE :: KAFFEE :: KAKAO
nur im Spezialgeschäft
Reuschestraße 45
Nähe Königsplatz
— EIGENE RÖSTEREI —
13392

Nord
BÄCKEREI UND KONDITOREI
Richard Scholz
Bücherstr. 27, a. Waterloo- u. Matthiasstr. 63/65
13429

Fahrräder —: Schallplatten
Zubehör
Paul Tangelst, Kohlenstraße 26
13328

Karl Lahn, Rosenthaler Straße 2
Eisenwaren — Küchengeräte
13393

Süd
Glas- und Bilderhandlung
Richard Wenzel, Gräbschener Str. 20
13396

Fahrradhaus OST
Klosterstraße 17
liefert Fahrräder schon von Mark 38.50 an. Fahrrad-
teile konkurrenzlos billig 13265

Nord
13874
**Möbel
Lorenz**
Matthiasstr. 116
100 Musterzettel
u. Einzelmöbel
Zahlungsverleichterung

**Genossen
beim
Einkauf
beachtet
unsere
Inserten**

LEBENSMITTEL
Ed. Stramotta
Ritter- und Garten-Markthalle, Galerie
Trebnitzer Straße 52
13435

Süd
Das echte Schläterbrot
Vollkornbrot
Hermann Scholz / Bäckermeister
Gräbschener Straße 68
13385

Reserviert

OST

Fahrräder
Breslau, Klosterstr. 39
FERNRUUF 29620
Erliegt sämtl. Erd- u. Feuerbestattungen.
Modernes Sarglager zu streng sel. Preisen. 1397

Schuhwaren
nur bei
Wilhelm Vogel
Scheiniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
12642

Niederschlesien

Görlitz

Heraus zur öffentlichen Versammlung!

am Freitag um 20 Uhr im Konzerthaus. Es spricht die von der Sozialdemokratie zur SPD. Übergetretene Reichstagsabgeordnete Marie Reese, Hannover, über das Thema: „Das wahre Gesicht der SPD.“ Agitiert für Massenbesuch.

Vorher

Anreisen zur Demonstration um 18,30 Uhr am Nikolaigraben!

Am Reigen der Schulreaktion

Trotz elf Jahren „Republik“ hat sich an dem reaktionären Tone, der in den Volksschulen herrscht, wenig geändert. Während die Schöne der Reichen in den „höheren“ Lehranstalten ohne Prügelfrasen unterrichtet werden, ist sie in den Volksschulen weiter in Anwendung geblieben. Der größte Teil der Lehrer in den Volksschulen glaubt noch immer, die fehlenden Kenntnisse der ausgehungerten Arbeiterkinder mit dem Stock zu erzelen. Wegen geringfügigen Vergehen werden die Kinder mißhandelt. Ein solch brutaler „Pädagoge“ ist der Lehrer Engel, beschäftigt in der hiesigen Nikolaischule. Der Arbeiter Richte gab seinem Sohn einen Entschuldigungsschein für das Ausbleiben am 1. Mai mit. Durch einen zweiten Brief beauftragte er den Lehrer, daß sein Sohn nicht an dem Konfirmandenunterricht, sondern an dem Unterricht zur Jugendweihe teilnimmt. Den 1. Mai feiern und nicht an Gott glauben — so beschrieb sich dieses kleine Schulmeisterkind diese beiden Angelegenheiten zusammen —, das können nur Kommunisten tun. Seine schuldige Seele kam ins Kochen und drohte überzulaufen. „Wenn du in die Weiberveranstaltung der SPD. gehst, dann bringe ich dich um deine Arbeitsstelle“, so lautete dieser „Jugendberater“. Seine überhöflichen Kräfte verwendet er im Bogssport gegen seine Schüler. Einem Schüler, dem das Rechnen schwerfällt, half er bei der Lösung der Aufgabe, indem er ihn in den Rücken bogte, daß er an die Wandtafel flog. Es wird notwendig sein, daß sich die Eltern auf diese Art und Weise informieren, wie ihre Kinder in der Schule behandelt werden. Der Proteststurm der Eltern muß solche unfähigen Kindererzieher verschwinden lassen.

Sagan

Vorsicht ist angebracht. In den letzten Tagen machte sich an Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei ein junger Mann heran, dessen Aussehen und Vorhaben recht verdächtig erscheint. Er nannte sich Gerhard Panschke, wohnhaft Heidebergstraße 70. Alter 26 bis 30 Jahre.

Liegnitz

Für die Reichswehr ist Geld vorhanden

Die gestrige Stabsverordnetenversammlung stand im Zeichen der Trauer um den Freuden. Das Rathaus ist mit Trauerflor geschmückt, aber nicht wegen den Einheimischen, sondern weil der bürgerliche Stadtrat Jungmanns gestorben ist. Vorsteher Rosenberger hatte vor Beginn der Sitzung viel Arbeit. Erst die Trauerrede und dann im Schweiße seines Angesichts Glückwünsche und Lobeshymnen auf den Ober- und den Unterbürgermeister, die beide 25 Jahre lang ein schönes Gehalt von den Steuerzahlern beziehen. Die Pläne der „Publikare“ waren „schön bekränzt“. Mit dem üblichen Schmaus wurde es bald 18 Uhr, und erst dann konnte man an die Tagesordnung denken. Unter den Eingängen waren wieder ewige Einladungen, unter anderem auch vom katholischen Junglingsverein. Die Vorlage des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ kam als Teilvorlage wieder und wurde genehmigt. Zu den Eratsberatungen werden wir am Schluß derselben in einem gesonderten Artikel Stellung nehmen. Heute sei nur gesagt, daß die wenigen „hohen“ Schulen mit einem Fehlbetrag von 654 200 Mk. abschließen, während alle Volksschulen zusammen mit 981 300 Mk. es tun. Die Streichung von 1072 Mk. bei der Postillon, „Vermittel für unbemittelte Schüler“ der Volksschulen, die der Magistrat im Etat fordert, war selbst dem Ausschuß zu haarig, und es wurde beschlossen, den vorjährigen Be-

trag von 11 900 Mk. einzusetzen. Wo „gespart“ werden soll, geht auch daraus hervor, daß man den alten Leuten des Bürgerheims das Taschengeld reduziert, von 718 Mk. im Vorjahr auf 600 Mk. Eine lebhafte Debatte löste die Vorlage 19 aus, die sich mit der Verlegung des Reichswehrausbildungsbataillons nach hier beschäftigt. Damit unserer Stadt die schöne Reichswehr erhalten bleibt, muß alle Sparsamkeitswut zurückgelassen werden. Für die Herren Offiziere werden bereitwilligst Wohnungen (auch Neubauten) zu Vorzugspreisen beschafft. Unser Genosse protestierte gegen derartige Verschwendung von Geldern und gegen solche Wohnungspolitik. Natürlich wurde diese Vorlage angenommen. Auch der „Evangelische Volksdienst“ und die Katholiken beteiligten wieder, wie lieb ihnen die Vaterlandsverteidiger sind. Am Schluß der öffentlichen Versammlung wurde noch ein Schreiben verlesen, worin die Sozial- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger um eine Pfingstbeihilfe ersuchen. Es wurde dem Magistrat überlesen. Wir fordern die Empfänger auf, sich bei unserem Genossen Döppe zu melden. Man sah viele enttäuschte Gesichter im Parlament, weil der angelegte „Hier“-Abend wegen des Trauerfalls abgeblasen wurde. Waidmüller, Kantsch und Kaufmann Perzig (SPD.) haben ihre Gedächtnisreden, die sie deswegen angelesen hatten, umsonst aufgebügelt. Wir raten, nicht gleich wieder einzumotten, da das Versäumte nachgeholt wird.

Klassenjustiz schützt Denunzianten

Gestern verhandelte das Schöffengericht gegen die Genossen Niechl und Granalle, die den Klempner Glett, der unseren Lesern als Denunziant bekannt ist aus dem Töpfer-Prozess im Januar vor dem Arbeitsamt geschlagen und „beleidigt“ haben sollten. Der Staatsanwalt beantragte zehn Tage oder 50 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 30 Mark oder fünf Tage Haft. Das Gericht glaubte wohl, die Kommunisten würden dem Denunzianten Glett im Gericht noch eine Abschuß geben, denn man hatte innen und vor dem Gericht vier Polizeibeamte postiert zum Schutze dieses Subjektes.

Wieder zwei Selbstmorde

Der in mittleren Jahren stehende Handels- und Versicherungsvertreter Bruno George, Fauerstraße 6, erhängte sich wegen eines Nervenzusammenbruchs. — Inzwischen Kunig und Jeschendorf fand man auf der Bahnstrecke Liegnitz-Breslau bei Posten 317 einen jungen Mann tot auf. Es dürfte Selbstmord vorliegen. Die Personalkarte ist noch nicht festgestellt.

Landausmarsch unter Polizeibegleitung. Die Partei veranstaltete am Sonntag Landpropaganda nach Küstern, Pansdorf, Waldau, die guten Erfolg zeitigte. Kaum in Küstern angelangt,

war auch schon das „Auge des Gehees“ da, um die Propaganda zu begleiten oder den Zeitungsverlauf zu zählen. Schade, daß es ihm nicht vergönnt war, uns dauernd zu begleiten, da das nächste Dorf nicht mehr sehr fern war. Bald wie der Herr Beamte war, ging er in die Bruchmühle und meldete uns telefonisch beim nächsten Landjäger an, und dieser nahm uns sofort am Dorfe in Empfang, damit von den bösen Kommunisten keiner verloren ging, und um sie, wie man so schön sagt, vor strafbaren Handlungen zu schützen.

Neusalz

„Volksfreund“ Karus stellt Arbeitermädchen nach

Vor nicht allzu langer Zeit kamen zwei Mädchen zwischen 11 und 12 Uhr nachts auf dem Café Zelle. Auf dem Rückhausewege merkten sie, daß sie von einem Manne verfolgt wurden. Da das eine Mädchen in der Oberstraße wohnte, begleitete es das andere und ging mit ihm ins Haus, um dem Manne aus dem Wege zu gehen. Nach einer Viertelstunde verließ das Mädchen wieder das Haus und glaubte, die Gefahr sei vorüber. Aber weit gefehlt. Der Verfolger hatte im Dunkeln gewartet und näherte sich nun dem Mädchen, mit Namen K. An der Ecke von Hausnecht verlangte der Mann von der K., daß sie mit ihm in seine Wohnung kommen solle. Sie lehnte das energisch ab und fragte, was er sich von ihr denke. Er erklärte: „Aun Sie man nicht so, Sie sind ja so eine.“ Darauf verfuhr er sich dem Mädchen zu nähern, um seine Frühlingsgefühle zu stillen. Die Angegriffene wehrte sich. Dabei stolperte sie über ihr Fahrrad, der Mann stieß sie hin, so daß sie sich Verletzungen am Knie zuzog. Nun drohte das Mädchen mit Anzeige, worauf der Mann sagte: „Morgen bin ich über alle Berge.“ Am anderen Morgen zog das Mädchen mit seiner Freundin Erlundigungen ein, und es stellte sich heraus, daß der Betreffende der Geschäftsführer des „Volkswillen“, Karus, war. Mit seiner Freundin ging das Mädchen abends in den „Volkswillen“ und stellte Karus zur Rede. Darauf bot ihr Karus 50 Mark Schmeiße an, was abgelehnt wurde. Darauf bestellte Karus das Mädchen nach dem Hansa-Café. Ein Gehelpollist war zugegen. Karus wollte die Sache so drehen, als wenn das Mädchen 100 Mark von ihm erpressen wollte. Aber das Mädchen war wieder mit der Freundin erschienen, zur Bestätigung von Karus. Das Mädchen verklagte nun Karus vor dem Schöffengericht. Zweimal erschien er nicht und mußte Ordnungsgeld zahlen. Das dritte Mal mußte er die Arbeitszeit und den Arzt dem überfallenen Mädchen bezahlen. (Wieweil Schweigegebot und in die Armen-lasse, Herr Karus!) Wir wissen, daß es manche der Herren im „Volkswillen“ schon immer genau genommen haben mit ihren Frühlingsgefühlen. Daß man sich aber immer wieder an Arbeitermädchen herannähert, ist bezeichnend. Arbeiter der SPD! Leber des „Volkswillen“! Gebt den Leuten die Quittung, lest die „Arbeiter-Zeitung“!

Eine Broschüre, die uns vorwärts bringt!

„Das wahre Gesicht der Sozialdemokratischen Partei“

Ein Wort an die SPD.-Arbeiter von Maria Reese, ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. (32 Seiten; 20 Pf.)

Lange hat schon in der kommunistischen Agitation eine Broschüre wie die der Genossin Reese gefehlt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wichen oft unsere Broschüren mit Mißtrauen zurück. Durch die wüste Hege ihrer Presse beeinflusst, wurden manchmal auch von guten proletarischen Elementen unsere Aufklärungsschriften mit der Bemerkung „Moslauer Maché“ abgelesen.

Diese Art der Erledigung wird bei der Reese-Broschüre wirkungslos bleiben. Genossin Reese war bis vor kurzem sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und hatte die Möglichkeit, das „Wahre Gesicht der SPD.“ von der nächsten Nähe zu studieren. Die politische Verlogenheit und Verderbenheit des E.B.-Apparates, seine vollständige Entfremdung von der Arbeiterklasse, das Verwachen der Parteipolitik und hoher Funktionäre — die ihre eigene „soziale Frage“ bereits „gelöst“ haben — mit dem Staate der imperialistischen Bourgeoisie, ihr politisches Doppelspiel der Föderation der noch treuen Arbeiter durch oppositionelle Phrasen bei gleichzeitigem Verrat der Arbeiterinteressen, deckt die Verfasserin grell auf. Tatsachen und Zahlen marschieren auf, die jeden noch in den Reihen der in der SPD. stehenden Proleten die Augen öffnen werden. Aber auch jeder kommunistische Arbeiter wird die Schrift mit Gewinn lesen und wert-

volle Anregungen und Material zu seiner Agitation im Betrieb daraus schöpfen. Diese Broschüre ist ernstlich eine Waffe im Kampfe um die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Sie zeigt den richtigen Weg, den Weg zur Partei des revolutionären Proletariats, zu der kommunistischen Partei Deutschlands.

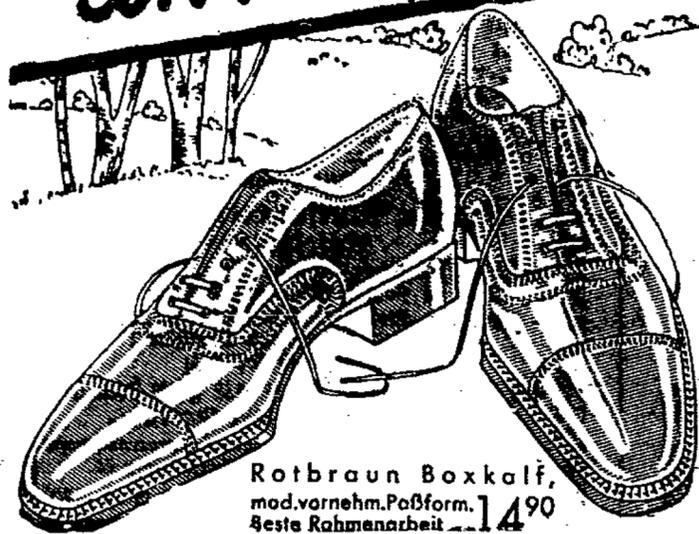
Es liegt nur an der Aktivität unserer Genossen, diese Broschüre in Massen zu verbreiten und besonders in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu tragen. — Titelseite, gebt sofort Bestellungen auf an die Bezirksliteraturstelle, Breslau 1, Oberstraße 23, I.

21 Monate Hermann-Müller-Regierung

Unter diesem Titel erscheint Ende Mai ein neues Handbuch der Reichstagsaktion der SPD. Es bietet eine Fülle von Material, vor allem über die Stellung der SPD., des Zentrums und der Nationalsozialisten. Wer bis zum 22. Mai Bestellungen aufgibt, erhält das Buch zum Preise von 3 Mark, später ist der Buchhandlungspreis 4 Mark. Ortsgruppen! Sofort Bestellungen sammeln und an die Bezirks-Literaturstelle einreichen.



Wo du auch magst im schönen Mai sein
Ein Tackschuh-Paar muß stets dabei sein



Rotbraun Boxkalf, mod. vornehm. Paßform. Beste Rahmanarbeit. 14,90



Fesche Bindepumps, echt Schlange mit topas kombiniert 12,50

Feinfarbige Spangenschuhe u. Pumps aus weichem Kalbleder, versch. Modelle von 10,00 an
Echt Chevreau-Spangenschuhe u. Pumps in versch. vornehmen Modifikationen von 12,00 an
Echt Schlangenleder-Kombinationen in Pumps und Schlängenschuhen... von 14,50 an usw. usw.

Braune Herren-Halbschuhe, feines Boxkalf... 12,00
Braune Herren-Halbschuhe, feines Boxkalf, deutsche Wertarbeit, Original-Goodyear-Welt... 14,50 usw. usw.

Auch Liwera-Strümpfe in den neuen Frühjahrsfarben

Tacke
& CIE. AG. BURG. B. M.

Verkaufsstellen
Conrad Tacke & Cie. GmbH.
Breslau
Ohlauer Straße Nr. 15
Telefon 244 66
Renschestraße Nr. 47/48
Telefon 274 22
Sachsen, Götting, Gießen, Hamburg, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart, Weimar, Wiesbaden, Zürich

